

**EUROPA AUF DEM WEG IN DEN
SOZIALEN KOLLAPS?!
FINANZMÄRKTE - ARMUT - PARTIZIPATION**



Prager Resolution vom 13. Juli 2012

Die Sommerakademie des Frauennetzwerkes der europäischen christlichen ArbeitnehmerInnen-Bewegungen, die seit dem 1. Europäischen Frauenkongress im Jahr 2002 das Leitbild eines sozialgerechten Europas kontinuierlich weiterentwickelt haben, fand in diesem Jahr in Prag mit 38 Frauen aus sechs europäischen Ländern (Belgien, Deutschland, Italien/Südtirol, Österreich, Tschechische Republik und Schweiz) statt.

Die Teilnehmerinnen der 6. Sommerakademie vom 8. - 14. 7.2012 zum Thema „Europa auf dem Weg in den sozialen Kollaps?! Finanzmärkte - Armut - Partizipation“ haben sich unter anderem ausführlich mit der von der EU-Kommission erarbeiteten Europastrategie 2020 auseinandergesetzt.

Wir sind der Meinung, dass die Europa Strategie 2020 gute Ansätze zur Bewältigung der aus der Krise hervorgegangenen Problemfelder beinhaltet. Grundsätzlich wird festgestellt, dass die positiven Ansätze im Neoliberalismus nicht umsetzbar sind: Ziele und Mittel widersprechen einander.

Die Politik darf nicht länger Handlangerin der Wirtschaft und Finanzmärkte sein, sondern die Wirtschaft muss entsprechend dem Werteverständnis der christlichen Soziallehre den Menschen dienen. Mensch und Arbeit stehen vor dem Kapital. Dies gilt für alle. Im Besonderen muss jungen Menschen eine kostenlose Ausbildung als Grundlage zur Existenzsicherung gewährleistet sein.

Die Privatisierung des Sozialstaates lehnen wir ab; sie ist einer der Gründe warum die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich immer größer wird.

Unsere politischen Forderungen:

- Regulierung der Finanzmärkte
- Steuerreformen (u.a. Finanztransaktionssteuer, Vermögenssteuern, Änderung der Unternehmensbesteuerung, Angleichung der nationalen Steuern)
- Sozialstaat erhalten und ausbauen (Solidarität & sozial gerechte Umverteilung)
- Gerechter Lohn und gute Arbeit
- Öffentliche Güter in der Hand der BürgerInnen

Um diese Forderungen durchsetzen zu können, bedarf es nationaler und internationaler Netzwerke um die Ohnmacht gegenüber Mächtigen und EntscheidungsträgerInnen zu unterbinden.

Wir sehen unsere demokratischen Grundwerte in der bisherigen Arbeitsweise der europäischen Kommission extrem gefährdet. Der Fiskalpakt ist ein deutliches Zeichen dafür.

Wir stehen für ein anderes Europa, für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Mitbestimmung.

Prag, den 13. Juli 2012